

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)  
Unparteiische

**Anzeigenpreis** Der Spaltenweiser 3,00 M.,  
und der Spaltenweiser 10 M. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezahler auf  
kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 10 M. in Zahlung  
genommen. Ziffergebühr 2,00 M. Porto bezonders. An-  
zeige in 1 u. 2 Spalten 10 M. Fernsprecher Nr. 100.  
Bestellnummer wird berechnet.

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 66,50 M.,  
nach Orten bezogen monatlich 70,00 M., bei  
Postbezug monatlich 82,00 M. frei Haus. Erscheint wochent-  
täglich nachmittags. Einzelnummer 3,00 M. Postschonkost:  
Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Söllnerstraße 4.  
Für unregelmäßige Zustellungen wird keine Gewähr geleistet.  
Erfüllungsort Merseburg.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Voth.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 205.

Freitag, den 1. September 1922.

162. Jahrgang.

### Monatsjahreswechsel statt eines Moratoriums.

Die endgültige Entscheidung verlagert. — Die Kreditwürdigkeit Deutschlands anerkannt.

#### Die Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 1. September. Die Entscheidung der Reparationskommission lautet:  
Die Reparationskommission hat die Ehre, auf den Brief des deutschen Reichskanzlers zu antworten. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Reparationskommission nicht in der Lage ist, das von der deutschen Regierung beantragte Moratorium zu bewilligen (nach einer weiteren Meldung stimmten Frankreich und Belgien gegen, England für das Moratorium, Italien enthielt sich der Stimme), so wird, alsbald es sich nicht in der Lage zu sein, sich über die vorliegende Angelegenheit zu verständigen, die von der deutschen Regierung wegen der Kohle- und Holzlieferungen gemacht wurden. Die Reparationskommission behält sich übrigens das Recht vor, Maßnahmen zu fordern, welche den von der deutschen Regierung gemachten Anträgen entsprechen, falls in der Zukunft die Kohle- und Holzlieferungen nicht befriedigend stattfinden.

Nachdem die Reparationskommission die Bitte wegen des Moratoriums vom 12. Juli 1922 geprüft hatte und die Maßnahme anerkannt hat, daß Deutschland seinen inneren und auswärtigen Kredit verlor und daß die Mark ständig bis auf vier Hundertfache unter dem normalen Wert herabsank, beschloß sie (und zwar einstimmig, wie gemeldet wird, S. 8.)  
1. Ihre Entscheidung über die Bitte der deutschen Regierung zu verlagern, bis die Reparationskommission ihre Beschlüsse wegen einer Finanzreform ergäht hat, die sich beziehen  
1. auf die Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget,  
2. auf die Verminderung der deutschen auswärtigen Verpflichtungen, soweit sie für die Wiederherstellung des Kredits notwendig sind. Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, falls die in der Reparationskommission vertretenen Mächte ihre Zustimmung geben.  
3. Währungsreform.

4. Ausgabe von auswärtigen und inneren Anleihen, um die deutsche Finanzlage zu bessern.  
II. Um für die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen die notwendige Zeit zu geben, stimmt die Reparationskommission zu, daß die deutschen Zahlungen vom 15. August und vom 15. September und wenn in dieser Zwischenzeit keine anderen Vereinbarungen getroffen werden, auch die späteren Zahlungen zwischen 15. Oktober und 31. Dezember 1922 durch sechs Monatsjahreswechsel gedeckt werden sollen, die in Gold zahlbar sind und in einer Weise garantiert werden sollen, die zwischen der deutschen und belgischen Regierung vereinbart werden soll (denn Belgien sollen diese Zahlungen zu zahlen, oder falls solche Abmachungen nicht zustandekommen, soll der entsprechende Betrag in Gold in einer von der belgischen Regierung bestimmten Bank hinterlegt werden).

#### Unterschriften.

Eine Atempause, mehr ist es wiederum nicht, was uns diese Entscheidung der Reparationskommission bringt. Ein langfristiges Moratorium, das uns so bitter nottut, ist das allein uns und unseren Gläubigern eine Dauer verprechende Erholung aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte bringen können, ist uns abermals verweigert worden. Wir werden, wie so oft, verdrößt und inwändig herbeigeholt, wie unser Berliner Vertreter uns mittelst die Auffassung, daß die Entscheidung in der Reparationsfrage lange verflochten wird, bis Amerika an der Entscheidung großen Anteil nimmt. Das werde nach zuverlässigen Berichten nach den amerikanischen Senatswahlen der Fall sein.

Dann würden nicht nur die amerikanischen Bankiers, sondern auch die amerikanische Regierung für schnelle Lösung des schwierigen Problems hinstreben. Es sei also anzunehmen, daß die Reparationsfrage bis zum November entschieden wird. Möglich, daß letzteres zutrifft, aber die Hilfe Amerikas ist eine fata Morgana.

In mehrfacher Hinsicht bedeutet jedoch die Entscheidung der Reparationskommission — das darf man nicht vergessen — eine für uns günstige Wendung gegenüber den früheren Entscheidungen. Wobei man zunächst von dem Widerspruch, der darin liegt, daß einerseits das Moratorium abgelehnt wird, andererseits aber die Entscheidung über das deutsche Geschäft verlagert wird. Am wesentlichsten ist die Tatsache, daß Belgien mit seinen Kreditanforderungen nicht durchgedrungen ist, daß jene Absichten: Kohlelieferung, Garantien, Kredite, Reparationen usw. zwar noch immer sehr erschwerend, aber doch zulässig geblieben sind. Bedeutungslos ist ferner, daß nach der Bankierkonferenz nun endlich auch die Reparationskommission die Kreditwürdigkeit Deutschlands anerkennt und damit das Markproblem, also das wichtigste vor das politische Moment in den Vordergrund der allgemeinen Erörterung gerückt hat.

Es hängt nun zunächst alles davon ab, wie sich die Verhandlungen mit Belgien gestalten werden, den die in Goldzahlung auszufällenden und durch Garantien zu sichernden Monatsjahreswechsel zuerkannt sind. Wenn Abmachungen hierüber nicht zustandekommen, soll der entsprechende Betrag in Gold in einer von der belgischen Regierung bestimmten Bank hinterlegt werden. Es muß schon heute betont werden, daß die Reichsbank, falls diese Frage einmal auf werden sollte, dieses Vorhaben unbedingt ablehnen muß, wenn die Reichsregierung sie dazu anfordern sollte. Die Reichsbank ist — auf Wunsch der Entente — autonom, d. h. von den Wünschen der Reichsregierung unabhängig. Es wäre wirtschaftlicher Selbstmord, aus den letzten Rückhalt unseres Kredits preiszugeben.  
Es ist also keineswegs Grund zum Optimismus gegeben, aber es besteht doch einige Hoffnung auf Stabilisierung unserer Wirtschaftslage. Das hängt jetzt alles vom Geschehen und dem — bisher leider nicht bemernten — Rückgang unserer Regierung ab, von dem wirtschaftlichen Verständnis Belgiens und dem nicht zu unterschätzenden Einfluß Frankreichs auf die bevorstehenden Verhandlungen.

#### Berliner Pressestimmen.

Paris, 1. September. Der Beschluß der Reparationskommission bedeutet, mit der „Kölnischen Zeitung“ meint infolgedessen eine Entscheidung, als der deutschen Regierung ermöglicht wird, den Anlauf von Devisen während dieses Jahres zu vermeiden. Allerdings werden im nächsten Jahre, wenn bis dahin nicht das ganze Reparationsproblem geregelt ist, umso größere Summen von Devisen gedruckt werden. Ob Deutschland den Beschluß annehmen kann, wird im wesentlichen von den belgischen Garantieforderungen abhängen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht den Kernpunkt darin, daß die Entente einen erheblichen Teil unseres Reichsbankguthabes, der letzten Reserve des deutschen Volkes, in ihren Besitz bringen will. England habe Bedingungen zugestimmt, die von seinen eigenen Zahrgewährungen zweifellos als wirtschaftlicher Wahnsinn bezeichnet werden. Es bleibt nur, daß unser Moratorium abgelehnt ist und daß wir zahlen sollen, allerdings nicht in Devisen, sondern in Goldbarren.

Die „Post. Ztg.“ schreibt: Die Lösung bedeutet einen Sieg des belgischen Vermittlungsgeheimnisses und damit im Grunde eine Niederlage Poincarés, der sich eben diesen belgischen Plan in den Vorverhandlungen schon heilig zu Recht gelobt hatte. Obwohl das Moratorium demselben abgelehnt ist, kommt die gefällte Entscheidung tatsächlich einem Moratorium gleich. Was sind aber Schatzkammern eines Schuldners wert, von dem die Gläubiger selbst erklärt haben, daß er unfähig ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der „Vorwärts“ sieht einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt darin, daß sich die deutsche Regierung direkt mit der belgischen auseinandersetzen soll. Es müsse jedoch im Auge behalten werden, daß das Moratorium nicht geändert werden ist, sondern daß es sich nur um eine veränderte Form der Zahlungen handelt. Wenn der in Aussicht gestellte Umschwung nicht eintritt, werden wir die Schuldübertragungen in sechs Monaten nicht einlösen können.

Die „Freiheit“ ist der Ansicht, daß wenn die Entente nach Ablauf der Laufzeit auf Einlösung der Schatzwechsel besteht, ein weiterer Zusammenbruch unserer Wäلتa unabwendbar ist. Auch in Frankreich beginnt man schon einzusehen, daß die Politik der Gewalt der sich unerbittlich durchsetzenden ökonomischen Tendenz nicht Herr wird.

#### Verständigung?

Unabhängige und Sozialdemokraten haben ihre Verständigung so weit gebracht, daß sie jetzt bereits, geht auf ein vorläufiges Aktionsprogramm, gemeinsam handeln können. Sie haben bekanntlich die Absicht, durch ihre Arbeitsgemeinschaft den bürgerlichen Parteien in allen wichtigen Fragen, die sie nach ihrem Sinne lösen wollen, entgegen zu treten. Nun hat man gerade in letzter Zeit recht wenig gehört, wie die Sozialdemokraten sich zu den schwebenden Fragen stellen. Trifft es zu, was man aus verschiedenen Informationen schließen muß, daß die Sozialdemokraten die Bergarbeiter zur Übernahme der Arbeiterämter bewegen haben, daß sie es waren, die Arbeitnehmer dafür gewonnen, sich mit den Arbeitgebern zu direkten Abmachungen über Holz- und Kohlenlieferungen an die Entente bereit zu erklären, so muß man hieraus folgern, daß die Sozialdemokraten einsehen, wie wenig eine Sozialpolitik auf sich selbst beruhen kann, sondern daß eine Politik der Verarmung getrieben werden muß. Freilich wir uns in dieser Auffassung nicht, so hat die Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden sozialistischen Parteien eine Bedeutung darin, daß sie auch auf die Unabhängigen beruhend einwirkt.

Jedenfalls deuten die Zeichen darauf hin, als ob die Sozialdemokraten sich immer mehr durchsetzen und nicht lediglich als Arbeiterpartei fühlen, sondern einen weiteren Horizont bekommen haben nach der Richtung, daß alles angeht werden muß, Deutschland aus seiner Not zu retten. Das ist, wie man auch in sozialdemokratischen Kreisen weiß, nicht mit der bisherigen Methode des stamfies gegen Kapital und Unternehmer getan, sondern die Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern in die Berücksichtigung für alle Maßnahmen zur Besserung unserer Lage. Im übrigen werden die sozialdemokratischen Parteien jetzt auch von der Masse gefolgt, der sie immer deutlicher sein müssen. Diese hat früher als die Parteiführer der Linken erkannt, daß der bisherige Klassenkampf das Schädlichste ist, doch Streiks verwerflich sind, Lohnkürzungen nicht die Rettung bringen. Steiner verflüchtigt sich heute der Erkenntnis, daß Deutschlands Lage die Folge des Versailles Vertrages und der Erfüllungswillens nicht mehr so laut, und mehr Befehl hat der Reichskanzler erhalten, als er sich dahin ausdrückte, daß zunächst Brot im Lande sein müsse, dann erst könne man an die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen denken. Wenn sich die gemeinsame Aktion der beiden sozialistischen Parteien nach der Richtung zeigt, ist es gedrängt durch die Einsicht der Masse, ist es auf eigene Initiative hin, die Parteipolitik zurückzuführen und nationale Politik zu treiben, so werden die bürgerlichen Parteien es leicht haben, mit dieser Arbeitsgemeinschaft auszukommen.

Der Weg, den die deutsche Regierung zu gehen hat, liegt eigentlich klar. Der Arbeiter muß arbeiten, der Unternehmer muß beschreiben, die Arbeitskraft seiner Angehörigen zu erhalten. Wir müssen Werke schaffen, denn Deutschland lebt recht eigentlich von seiner Arbeit. Und je mehr das Volk produziert, um so besser die Aussichten für die Zukunft. Durch den Achttantentag aber sind Arbeitslose in großer Zahl entstanden, der Arbeitsmangel sichtbar geworden. Deshalb fordern die Unternehmer mit Recht, daß endlich an dieser Bestimmung geändert wird. Da sich die Bergarbeiter als erste von dem Achttantentag gelöst haben und andere Arbeiterorganisationen es sich bereit fanden, die Entente gegenüber Verpflichtungen zu übernehmen, ist es natürlich, daß sie sich ebenfalls bereit finden werden, länger als acht Stunden am Tage die Hände zu rühren, denn bei der jetzigen Arbeitszeit werden sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können. Der Reichstag wird sich jedenfalls im Herbst mit dem Achttantentag beschäftigen, und bei diesen Beratungen hat die sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu setzen, wie sie handeln wird. Verlangt sie, trägt sie der Zeitströmung keine Rechnung. Hammer ist sie an ihre „Gewerkschaft“, daß nur acht Stunden gearbeitet werden soll, so haben die übrigen bürgerlichen Parteien die Pflicht, eben ebenfalls im Werden befindliche Arbeitsgemeinschaft gegen diese Unvernunft anzusetzen. Sie werden im Volke mit einer Parole für Mitleidlichkeit den stärksten Widerspruch finden. Wer erkennt nicht, daß letzten Endes auch die jegliche Zerwürflichkeit die Folge der geringen Arbeitsleistung ist?

Wir fragt wies ein kompetenter Amerikaner darauf hin, daß Deutschland sich am besten selbst helfen könne, wenn es nicht soviel Arbeitszeit verschwendet. Amerika würde sich das nicht leisten, sagte er, kein anderes Land sollte es sich, Deutschland müsse hier zur Verarmung kommen, dann werde es auch nicht lediglich von der Gnade eines Poincaré abhängig sein, dann werde schließlich sogar Amerika sich bereit finden, etwas für Deutschland zu tun. Das Verprechen, daß Amerika uns helfen würde, wenn bei uns länger gearbeitet würde, kann uns zu irgendeiner Offenbarung nicht reizen. Aber im übrigen ist die Anschauung







# Beilage zu Nr. 205 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 1. September 1922

## Zum Ueberflüchtenabkommen im Ruhrbergbau.

Die „Action française“ schreibt, die Anarchie in Deutschland sei Frankreichs frommer Wunsch, denn es könne ganz gut neben einem deutschen Chaos leben. Wir glauben dieser Verhöhnung der „Action française“, denn das deutsche Chaos würde Frankreich die „Künder“ bringen, die es erstrebt, das Rheinland und das Ruhrrevier. Aber das deutsche Volk begreift heute diese Politik Frankreichs und stemmt sich mit aller Gewalt gegen das Verderben. Es scheint, daß sich eine Volks- und Volksgemeinschaft anbahnt, die Erkenntnis vom gemeinsamen Schicksal und Verderb. In dieser Richtung ist das Ueberflüchtenabkommen im Ruhrbergbau wertvoll. Dieser Entschluß der Arbeiterchaft im Kohlenbergbau ist im Interesse der gesamten Volkswirtschaft auf das Wärmste zu begrüßen, nicht allein wegen des fünfjährigen materiellen Ertrages, sondern auch wegen seiner moralischen Wirkung. Denn dieses Ueberflüchtenabkommen bedeutet eine Einigung, ein solidarischs Handeln der Regierung, Unternehmern und Arbeiterchaft in der Stunde höchster Not des Vaterlandes. Die Bergarbeiter werden vom 1. September ab wöchentlich sechs Stunden Mehrarbeit leisten. Man hofft durch diese Mehrarbeit die Menge der täglich geförderten Kohle so zu steigern, daß die Einfuhr englischer Kohle, die uns jetzt monatlich 16 Milliarden Mark kostet, zu vermeiden ist. Selbstverständlich ist dieses Zugeständnis der Bergarbeiter nicht ohne eine erhebliche Lohnerhöhung zu erreichen gewesen. Die Löhne erhöhen sich pro Tag um 290 Mark. Die Ueberflüchten werden um 50 Prozent besser bezahlt. Auf diese Weise erhält der Bergarbeiter an den Tagen, an denen Ueberflüchten verfahren werden, einen Lohn von 1000 Mark. Ingesamt wird sich hiernach das monatliche Einkommen eines Bergarbeiters auf ungefähr 22.000 Mark belaufen!

Zu den neuen im Reichsarbeitsministerium vereinbarten Lohnfragen gaben der Reichsarbeitsminister, die Arbeitergeber und die Gewerkschaften Erklärungen ab, die als Kommentar zur Lohnverhöhung wichtig sind. Für September war eine tägliche Lohnverhöhung von 150 Mark vereinbart. Die Arbeitnehmer forderten jedoch eine Nachzahlung von 96 Mark täglich für Monat August mit dem Hinweis darauf, daß der Augustlohn im Juli vereinbart worden und der Teuerung im August nicht gerecht geworden sei. Tatsächlich hatten die Arbeitnehmer Anfang August eine neue Erhöhung gefordert, die ihnen aber nicht bewilligt werden konnte, da der unter Zwangsverwaltung stehende Bergbau seine die Lohnverhöhung ausgleichenden Preise nicht pflöchtig erhöhen kann. Die als Bedingung geforderte Nachzahlung der Augusterhöhung konnte nicht ausfinden werden, da der Preisausgleich fehlte. Man eignete sich deshalb darauf, einen Ausgleich in einer Erhöhung der Septemberlöhne zu finden. Bei der Bemessung dieses Aufschlages von 140 Mark auf 150 Mark Vohrerhöhung war auch maßgebend die Tatsache, daß wegen der Eigenart der Vohrerrechnung und Auszahlung im Bergbau der erhöhte Lohn erst frühestens Mitte September zur Zellauszahlung kommt, und bis zu

diesem Zeitpunkte eine Verschärfung der Teuerung erwartet werden muß, der Bergbau aber nicht in der Lage ist, in der Mitte des Monats neue Zuschläge zu zahlen.

Die Belegschaften an der Ruhr werden also vom nächsten Monat ab dreimal in der Woche je zwei Stunden Ueberflüchten verfahren. Nach den Berechnungen der letzten Jahre dürfte sich dadurch die tägliche Förderung um mindestens 55.000 Tonnen, die monatliche Förderung um etwa 1,3 Millionen Tonnen steigern. Mit Hilfe der übrigen deutschen Kohlenreviere und unter der Voraussetzung, daß uns die gesamte Einfuhr aus Ost-Oberflüchten nicht wieder gesperrt wird, muß verschätzt werden, das bestehende Minus von 1,5 Millionen Tonnen herauszuholen.

Die zu erwartende Steigerung reicht aber trotzdem nicht aus, um die neuesten Ententeforderungen auf Kohle zu erfüllen. Das ist das schmerzliche unserer Lage, daß wir nicht wissen, ob uns alle Anstrengungen, alle Opfer und Ueberflüchten etwas nützen werden, ob uns die Gewaltpolitik Frankreichs nicht doch noch in das „Chaos“ hineinzieht. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, mit Hilfe aller Kräfte das schier Menschengemäße doch möglich zu machen und zu garantieren! Wir hoffen, hoffen und wollen ironen, um dem Schlimmsten zu entgehen! Wir wissen, daß die deutsche Industrie und die 60 Millionen Menschen dabei im kommenden Winter unter einer starken Kohlenknappheit auch bei günstigstem Ausfall der Ueberflüchten ertränkt werden werden müssen. Was das bedeutet, wissen wir von vergangenen Wintern her. Notzeiten sind's, bittre Notzeiten! Sie können nur gemeinsam getragen werden. Jede Ausnutzung der Gläubigkeitskurve des Volkes durch Wucher, Spekulationen, alle Schlemmereien müssen bekämpft werden. Kapital und rücksichtslos.

## Politische Rundschau

### Kaiser Wilhelms II. Lebenserinnerungen.

Am 29. September beginnt im „Berliner Lokal-Anzeiger“ die Veröffentlichung der unter dem Titel „Erlebnisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918“ verfaßten Lebenserinnerungen des Kaisers Wilhelm II. Der Verfasser beginnt mit Bismarck und gibt ein Bild der ersten und schwersten Kämpfe zwischen dem jungen Fürsten und seinen ersten Beratern bis zu der Trennung. Die wichtigsten politischen Ereignisse spielen in den weitesten Abständen vorüber Caprivi, Hohenlohe, Falkow, Bethmann. Es folgt eine Schilderung aus dem persönlichen Verhältnis des Kaisers zur Königin von England, dem Jaren, dem König Eduard und anderen. Den inneren Beziehungen des Kaisers zu Seeer und Flotte, zur Kirche und zu seinen Mitarbeiteren in der Verwaltung, Kunst und Wissenschaft sind weitere Abschnitte gewidmet. Dann folgt der Weltkrieg. Dem Zusammenbruch mit dem Verlust der Krone ist das letzte Kapitel gewidmet, jedoch unter völliger Verzicht auf irgendwelche gereizte Auseinandersetzungen mit den staatlichen und politischen Umständen, die sich aus der revolutionären Umwälzung ergaben.

## Eine deutsche Note gegen die Absetzung Dr. Momms.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat in der Angelegenheit der Amtsenthebung des Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Momms eine Note an die Internationalisierte Rheinlandskommission gerichtet, die im wesentlichen folgendes besagt: Mit Schreiben vom 14. Juli hatte die Rheinlandskommission beantragt, durch Gericht der französischen Stellen in Wiesbaden Herrn Momms zur Rechtfertigung über sein Verhalten bei Gelegenheit der Unruhen vom 4. Juli aufzufordern. Durch seine Verteidigung hat Herr Momms die verlangte Aufklärung gegeben und nachgewiesen, daß wegen der französischen Ereignisse gegen ihn kein begründeter Vorwurf erhoben werden könne. Diese Angelegenheit kommt also als Begründung für die Absetzung nicht mehr in Frage. Die Rheinlandskommission beschränkt sich auf die Angabe, daß die Persönlichkeit des Herrn Momms für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Beziehungen zwischen den Verbündeten und den deutschen Dienststellen schädlich sei. Für diese ganz außergewöhnliche Behauptung hat die Rheinlandskommission jedoch keine tatsächlichen Unterlagen beigebracht. Insbesondere fehlt ein Beweis dafür, daß durch die Amtsenthebung des Herrn Momms die öffentliche Ordnung gefährdet sei. Was die rechtliche Seite der Angelegenheit angeht, so habe die Rheinlandskommission zunächst die Bestimmungen der Artikel der Verordnung 29 außer Acht gelassen, nach der kein Beamter abgesetzt werden kann, ohne daß ihm Gelegenheit gegeben wird, sich zu verteidigen. Aus alledem ergibt sich, daß dieser Absetzungsbeschluß zugleich eine Ungerechtfertigkeit gegenüber dem Regierungspräsidenten und ein Eingriff in die deutschen und die preussischen Hoheitsrechte darstellt.

## Bürgerlicher Wahlsieg in Stadthagen.

Die Wahlen für das Stadtparlament in Stadthagen haben einen bürgerlichen Sieg ergeben. Es wurden insgesamt 3300 Stimmen abgegeben. Die Liste im Parlament verteilen sich wie folgt: Demokratische Partei vier, Deutsche Volkspartei vier (vorher zwei), Deutschnationalen einen; Mehrheitssozialdemokraten sieben (vorher zwei), Unabhängige zwei.

## Abmahnungsauftrag des oberflächlichen Oberpräsidenten.

Der Oberpräsident für Obersachsen erläßt für die Abstimmung am 3. September 1922 einen Aufruf, in dem es heißt: „Unsere Parole kann nicht anders lauten als die: Wir wollen als treue Deutsche und treue Oberflächler englischen Vorkaufs jucken an unser deutsches Vaterland. Wir wollen eine selbständige Provinz im Verbande des preussischen Staates bleiben.“

## Ein neues Beamtengesetz.

Im Reichsministerium des Innern ist der Entwurf eines Reichsbeamten-Gesetzes über die Altersgrenzen der Beamten ausgearbeitet worden. Derselbe sieht vor, daß nicht richterliche Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65., richterliche Beamte mit dem auf Vollendung des 68. Lebensjahres folgen. 1. April oder 1. Oktober in den dauernden Ruhestand treten, gleichwohl ob sie im aktiven Dienst oder

in einseitigen Aufstand sich befinden. Wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstverhältnisse durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern, soll die Reichsregierung auf Antrag der obersten Reichsbehörde für ihn die Wirkung dieses Gesetzes von Jahr zu Jahr bis zu dem auf die Vollendung des 68. Lebensjahres des Reichsbeamten folgenden 1. April oder 1. Oktober ausdehnen können. Auf Reichsminister soll das Gesetz keine Anwendung finden. Die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sollen gehalten sein, bis spätestens zum 31. März 1923 für ihre Beamten und Parteimitglieder, Altersgrenzen in dem Umfang und mit der Wirkung dieses Gesetzes einzuführen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Die Grenze des 68. Lebensjahres hätte hierbei neben den richterlichen Beamten auch für Professoren an den Hochschulen zu gelten. In einem Schlussartikel ist vorgesehen, daß das Gesetz mit seinem Inkrafttreten auch auf diejenigen Reichsbeamten Anwendung findet, welche die Altersgrenze überschritten haben.

Ueber diesen Entwurf fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamtenschaft statt. Die Regierungsvertreter erklärten, daß der Gesetzentwurf mit politischen Erwägungen nicht im Zusammenhang stehe. Die Frage werde schon seit dem Jahre 1919 verfolgt. Sie sei zunächst nicht brennend gewesen, weil die Zahl der ältesten Beamten nicht groß war. Sie sei aber jetzt akut geworden, weil diese Zahl immer mehr anwachse, und die Zahl der Pensionsgesuche dauernd zurückgehe.

Nachher fand im Reichsministerium des Innern eine Beratung des Gesetzentwurfs mit den Vertretern der Länderorganisationen statt. Den P. B. B. zufolge trat die Mehrzahl der Landesvertreter der Auffassung der Reichsregierung hin, daß die Einführung einer Altersgrenze für die Reichsbeamten notwendig und zweckmäßig wäre. Dagegen wünschte die Mehrzahl der Landesvertreter nicht, daß durch Reichsgesetz auch für die Beamten der Länder eine Altersgrenze allgemein vorgeschrieben werde, sondern wollte den Ländern hierfür die Zuständigkeit erhalten.

## Aus Provinz und Reich

### Schwere Missetat eines Schulpolizisten in Schöneberg.

Berlin, 31. August. Der Mordbereitschaftsdiens der Berliner Kriminalpolizei wurde in der vergangenen Nacht nach der Hauptstraße 15 zu Schöneberg gerufen. Dort wurde der Mauerpolizist Hermann Kublmann erschossen aufgefunden. Die zur Aufklärung an den Tatort entsandten Kriminalkommissare stellten bald fest, daß diese schwere Missetat mit einer zweiten im Zusammenhang steht. Die sich eine Viertelstunde später in der Vorbergstraße abspielte hatte. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Während Nacht gegen 11 Uhr erschossen in der Hauptstraße in unmittelbarer Nähe der Vorbergstraße Hülse und während gleichzeitig eine Meute von Schülern fielen. Eine Frau und ein Mann lagen in ihrem Blute auf dem Baum, während ein Dritter verunzelt zu entkommen. Polizeibeamte und Passanten nahmen die Verfolgung des flüchtenden Schützen auf und stellten ihn auch nach kurzer Zeit. Er konnte nach Gegenüberstellung überführt und verhaftet werden. Es handelt sich um den angeführten Schulpolizei-Überwachungsmeister Mag. der in sinnloser Trunkenheit auf die Straßen passanten geschossen haben soll. Hierbei wurde ein Mann, dessen Personalien sich nicht sofort feststellen ließen, getötet, während der Gewerkschaftsleiter Fritz Saar aus der Haupt- und Frankfurter Straße auf der Vorbergstraße durch Schüsse schwer verletzt wurden. Beide kamen aus einer

Gewerkschaftsversammlung und befanden sich auf dem Heimwege. Er erlitt eine doppelte Hinterherverletzung und einen Schlag in den linken Arm, während Fr. S. durch einen Hufschlag und einen Schlag an der linken Kinnseite verletzt wurde. Nach Anlegung von Notverbänden durch die Rettungswache in der Vorbergstraße wurden die beiden Schwerverletzten in das Augusta-Viktoria Krankenhaus überführt. Inzwischen konnte auch die Verwundetheit des Toten, der auf dem in der Nähe befindlichen Aemmelplatz aufgefunden wurde, festgestellt werden.

### Siberien im Jena.

Jena, 30. August. Nach der neuen Verordnung des Thüringer Ministeriums für Volksbildung sind die Schulen angewiesen worden, daß nunmehr auch auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die Wäber anderer Vorkämpfer und politisch hervorgetretener Personen der jüngeren Zeit aus den Schulräumen zu entfernen sind. Die Wäber Hindenburgs, Ludendorffs, Mollets und selbst Bismarcks fallen dieser Verordnung zum Opfer.

### Erntevorräte verbrannt.

Dresden, 30. August. Auf Rittergut Schönefeld bei Wilsnis brach in einer großen Scheune, die mit Erntevorräten angefüllt war, Feuer aus. Der Brand verbreitete sich schnell über das langgestreckte Bauwerk. Hölzernen Feuerwehren der Umgegend wußten sich darauf beschränken, die Rauchgasgebäude zu sichern. Der Schaden wird auf zehn Millionen Mark beziffert.

### Der Student als Fahrraddieb.

Dresden, 30. August. Wegen raffinierter Fahrraddiebstahle in der Technischen Hochschule, die im Juni und Juli unter den Studenten nicht geringe Aufregung verursachten, hatte sich vor dem Dresdener Landgericht der Student der Volkswirtschaft, Georg Kurtz, zu verurteilen. Er war gekündigt, in fünf Fällen Fahrräder gestohlen zu haben, die von Studenten in der Technischen Hochschule eingekauft waren. Der Dieb kassierte den Einwohnerchein und verkaufte die Fahrräder. Beim Abwasch des fünftenrades erfolgte seine Festnahme. Das Gericht verurteilte Kurtz zu einem Jahr Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von zwei Jahren.

### Altes Erntefest.

Dresden, 29. August. Im Dorfe Lohse kam es auf einem Erntefest zu Zänkereien zwischen Erntegästen und Arbeitern des Dominiums. Die Beteiligten jungen Arbeiter wurden zwei Arbeiter getötet und vier Personen verletzt.

### Folgen des Trunkes.

Blankenhain, 29. August. Ein Darzhubewerf wurde auf der Müllentstraße von zwei Betrunknen überfallen. Sie versuchten den Kutscher herunterzujagen. Dieser aber setzte sich entschieden zur Wehr und verletzte einen der Angreifer mit einem Hieb, während der andere unter die Räder kam und schwere Verletzungen erlitt.

### Kleiverteilung und Thüringer Landwirtschaft.

Blankenhain, 29. August. Ein Landwirt des Dorfes Milda, einer bisher weinigenen Enklave, erhielt von seinem zuständigen Kommunalverband stete, die er heimlich unterzucht hat und die folgende Beschaffenheit aufwies: Mineralbestandteile 6,08 Prozent, Sand 1,42 Prozent, Stärkegehalt 19,77 Prozent, während unverfällige kleine ungefähr haben muß: Eiweiß 9,3 Prozent, Fett 24 Prozent, Stärke 44,8 Prozent.

### Die Landbundliste zu Greiz und ihre Spitzenkandidaten.

Greiz, 31. Aug. Der Bauernbund Greiz stellte ebenfalls eine eigene Landbundliste für die Kreisratswahlen vom 10. Sept. auf, gegen alle übrigen Bauernorganisationen Thüringens. Spitzenkandidaten der Greizer Landbundliste wurden: Gutsbesitzer Walter Fleischer, Kahmer und Rittergutsbesitzer Otto Hohmann-Herrmannsgrün.

## Turnen, Spiel und Sport

Spielvereinigung 1919. Besten Sonntag hatte Neumarkt, Wilsdorf 1 und 11, sowie deren erste Junioren nach hier verpflichtet. Neumarkt 1 triumphierte über Freya 1 mit 5:1, während die Juniorenmannschaft ein 3:3 Ergebnis herausholte. Rastendorf II trat nicht an. Die erste Jugend verlor in Merseburg gegen B.S.L. dritte Jugend 5:1. — kommenden Sonntag fahren die erste bis dritte Herrenmannschaft sowie die erste Junioren nach Halle um hier gegen Sportfreier erste, zweite und dritte Mannschaft zu spielen. Sämtliche Mannschaften werden sich hier sehr anstrengen müssen, um ein ehrenvolles Ergebnis herauszuholen. Spielzeiten der Mannschaften: Junioren vormittags 9 Uhr auf dem Sandanger. — Abfahrt 47 Uhr mit dem Zug ab Neumarkt. Dritte Mannschaft mittags 1 Uhr. — Abfahrt mit der elektrischen Straßenbahn ab Mücheln vormittags 9 Uhr. Neumarkt zweite Mannschaft 1/3 3 Uhr. — gleiche Abfahrtszeit wie die Dritte. Erste Mannschaft nachmittags 4 Uhr. — Abfahrt mit der elektrischen Straßenbahn 1/4 1 Uhr ab Neumarkt. Die erste Anabermannschaft fährt nach Merseburg zu Sportverein 99.

### Die beiden letzten hallischen Renntage.

Die letzten beiden Renntage des Sächl.-Thür. Rennvereins am Sonntag, den 3. und Mittwoch, den 6. September bringen eine Fülle von sportlicher Abwechslung. Es wird zum Beispiel auf beiden Stadien des Sports an diesen Tagen das zulässigste kürzeste und das längste Rennen gehalten, und zwar für Flachrennen 1000 und 2500 Meter, für Hindernisse 3000 und 5000 Meter. Gegen das Vorjahr hat das Programm infolge einer Verringerung erfahren, als mit Rücksicht auf die neue gerade Bahn 2 Rennen für zweijährige eingeschaltet und die Hindernisse am Sonntag ausschließlich den Vereintretern vorbehalten wurden, während die Flachrennen des Sonntags und sämtliche Rennen des 2. Tages von Berufsreitern zu reiten sind.

Die Rennpreise sind nachträglich noch erhöht worden, so wurden der Preis von Halle auf 65 000 Mark, der Preis vom Hochenturm, der Augenpreis und der Preis von Siebentstein auf je 50 000 Mark gebracht. Der Sonntag erhält seine Signatur durch den Preis von Halle. Die um diese allerbekanntesten Konkurrenz gruppierten Nummern tragen sämtlich Namen, die an Halle erinnern oder hier vertraut sind. Das Rennen führt über 5000 Meter und alle großen Sprünge der Hauptbahn. Es ist die längste Strecke, die irgendwo auf Provinzbahnen Mitteldeutschlands gelaufen wird. Die einleitende Nummer, das Saale-Tadrennen geht zum 1. Male über 2000 Meter der letzten Bahn, während dem Saale-Tadrennen 3500 Meter mittlerer Bahn zugewiesen wurden.

Von den Flachrennen hat die Zweijährigenkonkurrenz das Wittertindrennen 1000 Meter gerade Bahn. Das Hallenrennen führt über eine Strecke von 1600 Meter, das Selbrennen über 2000 und der Preis vom Hochenturm über 2400 Meter.

Da hier in der Nähe nitrgendwo Rennen angelegt sind, darf wieder eine starke Beteiligung der Ställe erwartet werden.